

Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

54. Sitzung

5. Juni 2025

Beginn: 14.05 Uhr

Schluss: 17.13 Uhr

Vorsitz: Frau Abg. Sandra Khalatbari (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird durch Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF), Frau Staatssekretärin Henke (SenBJF), Herrn Staatssekretär Dr. Kühne (SenBJF) und Herrn Staatssekretär Liecke (SenBJF) repräsentiert.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordnetenhauses als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abgeordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei.

Sie weist auf die durch die Mitteilung zur Einladung geänderte Tagesordnung hin.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) Aktuelle Viertelstunde

Gemäß Punkt 4, Abs. 6 der Verfahrensregeln des Ausschusses vom 17. Mai 2023 ruft die Vorsitzende die folgenden schriftlich eingereichten Fragen der Fraktionen in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs auf.

- „Seit wann sind der Senatsbildungsverwaltung die in der Medienberichterstattung geschilderten Diskriminierungs- und Gewaltvorfälle gegenüber Lehrkräften der Carl-Bolle-Grundschule bekannt und welche konkreten Maßnahmen wurden seitens der Senatsbildungsverwaltung ergriffen, um auf diese Vorfälle zu reagieren und die betroffenen Lehrkräfte zu unterstützen?“
(Fraktion der SPD)

- „Die Pankower ‚Schule an der Strauchwiese‘, an der seit vielen Jahren Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf Sprache gemeinsam mit Kindern ohne Förderbedarf lernen, ist gezwungen ihr inklusives Schulkonzept zum kommenden Schuljahr aufzugeben. Auf welcher Rechtsgrundlage beruht diese Entscheidung?“
(Fraktion Die Linke)
- „Das Thema Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler wird immer wichtiger, insbesondere auch die Zusammenarbeit der Bildungseinrichtungen mit anderen Stakeholdern und Institutionen. Erst kürzlich hat die Bildungsverwaltung eine Kooperationsvereinbarung mit der IHK unterschrieben. Worum geht es bei der Kooperationsvereinbarung und was ist genau dort geplant?“
(Fraktion der CDU)
- „Wann und wie wird die von der Senatorin versprochene Verbesserung beim Kita-Personalschlüssel im U3-Bereich rechtsverbindlich umgesetzt und die Berechnung des notwendigen Personals angepasst?“
(AfD-Fraktion)

Folgende spontane mündliche Frage aus aktuellem Anlass wird gestellt:

- „Uns geht es um Strukturen, die an dieser Stelle offensichtlich nicht funktioniert haben, denn dieser Lehrkraft wurde nicht geholfen. Da Sie gesagt haben, dass Sie über diesen Fall im Dezember 2024 informiert worden sind, frage ich Sie, warum haben Sie sich nicht bereits früher damit beschäftigt?“
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF), Frau Staatssekretärin Henke (SenBJF) und Herr Staatssekretär Liecke (SenBJF) beantworten diese sowie mündliche Nachfragen der Ausschussmitglieder (vgl. Inhaltsprotokoll).

b) Bericht aus der Senatsverwaltung

Frau Staatssekretärin Henke (SenBJF) und Herr Staatssekretär Liecke (SenBJF) berichten und beantworten zusammen mit Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) Fragen der Ausschussmitglieder (siehe Inhaltsprotokoll).

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Inklusion von allen Kindern und Jugendlichen:
Wieso macht der Senat eine Rolle rückwärts?**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0318](#)

BildJugFam

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Aktueller Stand der Inklusiven Bildung in Berlin: Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten** (auf Antrag der Fraktion Die Linke) **0334** BildJugFam
 - c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Bedarfe und Entwicklungserspektiven von Förderzentren** (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) **0338** BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass zu diesen Punkten eine Anhörung durchgeführt werde.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 S. 4 GO Abghs aufgrund der zu erfolgenden Anhörung.

Frau Abg. Burkert-Eulitz (GRÜNE) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 2 a) der Tagesordnung.

Frau Abg. Brychcy (LINKE) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 2 b) der Tagesordnung.

Frau Abg. Khalatbari (CDU) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 2 c) der Tagesordnung für die Antrag stellenden Fraktionen.

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) nimmt einleitend Stellung.

Es nehmen Stellung und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Frau Christine Braunert-Rümenapf, Berliner Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen,
 - Herr Thomas Schenk, Geschäftsführender Vorstand, Verband Bildung und Erziehung (VBE) e.V. Landesverband Berlin,
 - Herr Dr. Martin Theben, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht,
 - Herr Prof. Dr. Michael Wrase, Leiter der Forschungsgruppe „Recht und Steuerung im Kontext sozialer Ungleichheiten“, WZB – Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH.

Im Rahmen der Beratung nimmt Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF), Herr Staatssekretär Dr. Kühne (SenBJF), Herr Gabbei (SenBJF) und Herr Heuel (SenBJF) Stellung und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss daran beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Punkte 2 a), 2 b) und 2 c) der Tagesordnung zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2092
**Gelingende Inklusion in Schule I: Bessere
Hilfeplanung und Abstimmung zwischen Schule und
Eingliederungshilfen**

[0299](#)
BildJugFam
- b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2093
**Gelingende Inklusion in Schule II: Hausunterricht
modernisieren und digitale Lösungen für chronisch
kranke Schüler*innen**

[0300](#)
BildJugFam
- c) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2094
**Gelingende Inklusion in Schule III: Inklusive
Gemeinschaftsschwerpunktschulen anstatt mehr
Förderzentren**

[0301](#)
BildJugFam
- d) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2095
**Gelingende Inklusion in Schule IV: Inklusive
Fortbildungsoffensive für Fachkräfte initiieren!**

[0302](#)
BildJugFam
- e) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2096
**Inklusive Kinder- und Jugendhilfe:
Rahmenvereinbarungen zur Eingliederungshilfe
erarbeiten und umsetzen!**

[0303](#)
BildJugFam
- f) Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/2243
**Inklusion mit Augenmaß – Förderschul-Garantie-
Gesetz**

[0320](#)
BildJugFam(f)
ArbSoz*
- g) Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/2424
**Rückschlag für die schulische Inklusion durch die
neue Zumessungsrichtlinie verhindern!**

[0341](#)
BildJugFam

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, diesen Punkt zu vertagen, bis das Wortprotokoll zu Punkt 2 der Tagesordnung vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Auflösung der Pauschalen Minderausgabe im
Haushalt für Bildung, Jugend, Familie für das Jahr
2025**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

0292
BildJugFam

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, diesen Punkt aus zeitlichen Gründen zu vertagen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

- Dem Ausschuss liegt ein Entwurf der Verfahrensregeln zum Ablauf der Beratungen des Haushaltsplanentwurfs 2026/2027 vor. Der Entwurf wurde im Vorfeld der Sitzung an die Ausschussmitglieder übersandt.

Auf Antrag von Herrn Abg. Krüger (GRÜNE) beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Nummer 3 a) „Verzicht auf ständige Punkte ‚Aktuelle Viertelstunde‘ und ‚Bericht des Senats‘“ zu streichen.

Auf Antrag von Frau Abg. Brychcy (LINKE) beschließt der Ausschuss einvernehmlich, der neuen Nummer 3 f) folgenden Satz 3 anzufügen: „Soweit möglich, werden Berichtsaufträge, die den gleichen Gegenstand betreffen, gebündelt.“

Der Ausschuss beschließt sodann einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke sowie der AfD-Fraktion, die Verfahrensregeln mit den zuvor beschlossenen Änderungen (s. Anlage).

- Ferner beschließt der Ausschuss einvernehmlich, zu Punkt 1 der Tagesordnung der nächsten 55. Sitzung am Donnerstag, dem 19.06.2025, um 14.00 Uhr, einen gemeinsamen Sitzungsteil mit dem Ausschuss für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung durchzuführen.

Die Vorsitzende

Die Schriftführerin

Sandra Khalatbari

Tonka Wojahn

**Verfahrensregeln und Ablauf der Haushaltsberatungen für die Jahre 2026/2027
im Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie**

1. Die Fragen bzw. Berichtsaufträge für die 1. Lesung des Einzelplans im Ausschuss werden durch die Fraktionen dem Ausschussbüro spätestens bis **Donnerstag, den 11. September 2025, 12.00 Uhr**, digital übermittelt. Ein Muster wird den Fraktionen zur Verfügung gestellt. Die Fraktionen werden gebeten, ausschließlich dieses Muster zu verwenden und ein entsprechendes Word-Dokument zu übersenden.
2. Das Ausschussbüro erstellt zwecks Strukturierung der 1. Lesung eine Synopse der Fragen geordnet nach Kapiteln und Titeln, die dem Ausschuss und dem Senat im Vorfeld zur Verfügung gestellt wird.
3. **1. Lesung am Donnerstag, dem 18. September 2025, 14.00 – 20.00 Uhr**
 1. Lesung:
 - a. Verzicht auf eine Generalaussprache (diese erfolgt in der 2. Lesung)
 - b. Stellungnahme der Senatsverwaltung
 - c. Abarbeitung des Einzelplans, indem die Kapitel nacheinander unterteilt nach Titeln seitenweise aufgerufen werden
 - d. Mündliche Beantwortung der Fragen bzw. mündliche Stellungnahmen durch die Senatsverwaltung
 - e. Die Beantragung der schriftlichen Beantwortung von in der Sitzung neu entstandenen Fragen kann in (hand-)schriftlicher Form auf einem Muster erfolgen. Dieses Muster wird zur Verfügung gestellt. Das Nachliefern der genauen Formulierung von in der Sitzung entstandenen Fragen ist im Ausnahmefall bis 12.00 Uhr des nächsten Tages und nach Ankündigung in der Sitzung möglich. Das Nachliefern gänzlich neuer Fragen ist ausgeschlossen, da diesbezüglich nicht das Einverständnis des Ausschusses unterstellt werden kann.
 - f. Beschlussfassungen über Berichtsaufträge, d. h. nur über schriftliche und mündliche Fragen bzw. Berichtsaufträge, die in der Sitzung nicht oder nicht hinreichend mündlich beantwortet bzw. ausgeführt wurden sowie ausdrücklich weiterhin bestehende Berichtsaufträge. Berichtswünsche einzelner Fraktionen gelten als vom Ausschuss akzeptiert, sofern nicht eine Fraktion die Abstimmung verlangt. Soweit möglich, werden die Berichtsaufträge, die den gleichen Gegenstand betreffen, gebündelt.
 4. Die Berichte werden durch die Senatsverwaltung als Sammelvorlage spätestens bis **Donnerstag, den 2. Oktober 2025**, direkt dem Ausschuss übermittelt. Diese Sammelvorlage erhalten alle Mitglieder des Ausschusses und die zuständigen Fraktionsreferentinnen und -referenten in digitaler Form. Alle (nicht vertraulichen) Berichte der Sammelvorlage werden auch in elektronischer Form für die Datenbank ADOS zur Verfügung gestellt.

5. Änderungsanträge für die 2. Lesung werden durch die Fraktionen schriftlich im Ausschussbüro spätestens bis **Donnerstag, den 9. Oktober 2025, 12.00 Uhr**, eingereicht. Sie sollen das Kapitel, den Titel mit Nummer und Bezeichnung, die betroffenen Haushaltsjahre sowie die zu verändernden Beträge nennen und einen Deckungsvorschlag enthalten. Ein Formulierungsmuster wird den Fraktionen zur Verfügung gestellt. Die Fraktionen werden gebeten, ausschließlich dieses Muster zu verwenden und ein entsprechendes Word-Dokument zu übersenden.
6. Das Ausschussbüro erstellt zwecks Strukturierung der 2. Lesung eine Synopse der Änderungsanträge und beschlossenen Berichtsaufträge geordnet nach Kapiteln und Titeln, die dem Ausschuss und dem Senat vor der 2. Lesung im Ausschuss zur Verfügung gestellt wird.

7. **2. Lesung am Donnerstag, dem 16. Oktober 2025, 14.00 – 20.00 Uhr**

In der 2. Lesung werden nur Titel aufgerufen und beraten, die auf Antrag ausdrücklich zur 2. Lesung zurückgestellt wurden (d. h. aufgrund eines beschlossenen Berichtsauftrags oder aufgrund anderweitiger in der 1. Lesung erfolgten ausdrücklichen Zurückstellung) oder zu denen Änderungsanträge vorliegen.

2. Lesung:

- a. Verzicht auf ständige Punkte „Aktuelle Viertelstunde“ und „Bericht aus der Senatsverwaltung“
 - b. Stellungnahme der Senatsverwaltung (falls nicht bereits in der 1. Lesung erfolgt)
 - c. Bei der Generalaussprache ist Redezeit auf 10 Minuten pro Fraktion begrenzt, sodass sie insgesamt eine Dauer von 50 Minuten hat; die Redezeit kann je Fraktion auf mehrere Sprecher/innen aufgeteilt werden; die Generalaussprache erfolgt in der Reihenfolge der Stärke der Fraktionen beginnend mit der stärksten Oppositionsfaktion.
 - d. Beratung des Einzelplans, indem die Kapitel/Titel nacheinander anhand der Synopse des Ausschussbüros aufgerufen werden.
 - e. Es werden nur die zurückgestellten Titel bzw. die Titel, zu denen Änderungsanträge vorliegen, beraten; die Synopse stellt dies dar.
 - f. Bei den jeweiligen Kapiteln/Titeln werden Einzelbeschlüsse über die eingereichten Änderungsanträge gefasst.
 - g. Beschlussfassung über den gesamten Einzelplan und die Stellungnahme an den federführenden Hauptausschuss
8. Die Personaltitel und Stellenpläne werden generell in dem für Personal zuständigen Unterausschuss des Hauptausschusses beraten. Der Ausschuss ist jedoch nicht gehindert, diesbezüglich übergeordnete haushaltsrelevante Fragen zu erörtern.